

## **PRESSEMITTEILUNG**

Parlamentarische  
Geschäftsführerin  
**Monika Schwalm**  
Landeshaus, 24105 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1444  
E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)  
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Innenpolitik

### **TOP 30**

**Peter Lehnert:**

## **Verfassungsschutzbericht verpflichtet zur Wachsamkeit gegenüber Islamisten**

Zunächst möchte ich mich beim Innenministerium und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und den umfangreichen Bericht bedanken.

Der Verfassungsschutz kommt damit seiner Verpflichtung nach, über Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu informieren.

Es kann festgestellt werden, dass es dabei zu keinen nennenswerten Veränderungen im Bereich der Mitgliederentwicklung extremistischer Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein gekommen ist.

Auch das Wahlergebnis vom 20. Februar hat erneut deutlich gemacht, dass rechts- und linksradikale Parteien bei den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land weder Zulauf noch irgendeine Chance haben.

Trotzdem sind wir aufgefordert, jederzeit wachsam zu bleiben gegenüber Feinden unserer Demokratie.

Die Gefahren, die vom internationalen Terrorismus und seinem ideologischen Umfeld ausgehen, bestimmen die aktuelle Sicherheitslage. Deutschland ist Teil des europäischen Gefahrenraumes und verschiedene Strafverfahren haben gezeigt, dass sich auch in Deutschland Terrorstrukturen herausgebildet haben.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle auf den vereitelten Anschlag vom Dezember letzten Jahres hinzuweisen, als Anhänger der Terrorgruppe "Ansar al Islam" den Staatsbesuch des irakischen Ministerpräsidenten Allawi zu einem Attentat nutzen wollten. Zudem werde versucht, aus den Reihen islamischer Fanatiker Selbstmordattentäter zu rekrutieren.

Nur die konsequente Beobachtung, Überwachung und Erhöhung des Drucks auf diese Gruppierungen kann extremistische Islamisten in Schach halten.

Bundesinnenminister Schily wies im Rahmen seiner Vorstellung des Bundesverfassungsschutzberichtes unmissverständlich in seinem ersten Satz darauf hin: " Der islamische Extremismus und der Terrorismus stellen die größte Bedrohung der Inneren Sicherheit dar - weltweit und auch in Deutschland".

Schleswig-Holstein war bisher hiervon nicht berührt, aber die Einschätzung hat sich erhärtet, dass es zumindest Personen mit Kontakten in das militante islamistische Spektrum auch hierzulande gibt. Die Zuordnung zu diesem Kreis ist häufig schwierig und vielfach nur unter Vorbehalt möglich.

Ein besonderes Problem ist die Vielzahl islamistischer Publikationen, auch über das Internet, häufig auch in deutscher Sprache, die Abgrenzung und Konfrontation bewirken wollen.

Die geistige und politische Auseinandersetzung mit dem Islamismus gerade auch dort, wo er sich gemäßigt gibt, wird eine der wichtigen Aufgaben der kommenden Jahre sein. Es wird um den Dialog mit der Religion Islam gehen und um Aufklärung über die politische Ideologie des Islamismus.

Diese Einschätzung, die Minister Dr. Stegner im letzten Jahr hier im Plenum vorgebracht hat, ist zutreffend.

Deshalb besteht bei der Extremismus- und Terrorbekämpfung kein Anlass, sich zurückzulehnen. Zur Verbesserung der Sicherheit brauchen wir sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene weitere Maßnahmen.

Es ist zu begrüßen, dass sich CDU und SPD im Koalitionsvertrag dahingehend verständigt haben, die im geltenden Landesverwaltungsgesetz befristete Rechtsgrundlage für die Rasterfahndung zu verlängern.

Außerdem sollen straffällig gewordene Ausländer gemäß den §§ 53 ff Aufenthaltsgesetz konsequent abgeschoben werden. Weitere Themen wie die Kronzeugenregelung oder die von der Union seit jeher geforderte Grundgesetzänderung zur Terrorabwehr bei Gefahren aus der Luft, bleiben auf der Tagesordnung. Außerdem sollen die Eingriffsbefugnisse des Verfassungsschutzes in Schleswig-Holstein denen des Bundes angepasst werden.

Erforderlich sind aber auch effiziente Strukturen für die Bekämpfung terroristischer Gefahren in Form eines kooperativen Sicherheitsföderalismus.

Mehr Zentralismus ist oft kontraproduktiv: Im Regelfall werden geplante Terrorakte von den Ermittlungsbehörden der Länder entdeckt. Deshalb ist es wichtig, weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen zu erreichen, unter denen der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein arbeiten kann. Hierzu sind konkrete Schritte einzuleiten, insbesondere bei der länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Hamburg.

Ich beantrage Ausschussüberweisung an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss.